

# Politische Ziele der Bundesarbeitsgemeinschaft Anonyme Behandlungsschein- und Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung (BACK)



## Wer wir sind

Die **B**undesarbeitsgemeinschaft **A**nonyme-Behandlungsschein- und **C**learingstellen für Menschen ohne **K**rankenversicherung (BACK) ist ein Zusammenschluss von Organisationen, die sich für die Belange von Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz einsetzen. Bei den Anlaufstellen im BACK handelt es sich um Ausgabestellen für den Anonymen Behandlungsschein, Clearingstellen und Stellen, die in eine medizinische Behandlung vermitteln.

## Wie wir arbeiten

Mehrmals im Jahr finden Bundesvernetzungstreffen von BACK statt. Darüber hinaus gibt es Arbeitsgruppen, die sich regelmäßig treffen und sich vertieft mit spezifischen Themen befassen.

## Was wir wollen

- eine gleichwertige, medizinische Versorgung für alle Menschen in Deutschland.
- die Vergrößerung der Sichtbarkeit aller Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz in Deutschland in der Öffentlichkeit und Politik.
- einen engen, praxisbezogenen Austausch aller Anlaufstellen für Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz.

Basierend auf unserer praktischen Erfahrung als Anlaufstellen für Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz haben wir erste gemeinsame politische Ziele formuliert:

**Wir fordern die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um einen diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland zu gewährleisten und Hürden bei der Inanspruchnahme abzubauen.**

Mit der Unterzeichnung des UN-Sozialpakts hat sich Deutschland völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, einen diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen im Staatsgebiet sicherzustellen. Dieser Pflicht wird die Bundesregierung derzeit noch nicht ausreichend gerecht. Die *Allgemeinen Erläuterungen zum Recht auf Gesundheit* des UN-Komitees für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verlangen von den unterzeichnenden Staaten, dass sie eine nationale Strategie und einen Aktionsplan verabschieden, um der gesamten Bevölkerung<sup>1</sup> Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.

---

<sup>1</sup> alle Menschen, die sich auf deutschem Staatsgebiet aufhalten

Wesentliche Forderungen der BACK für eine solche nationale Strategie sind:

- Die Trennung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung abzuschaffen und eine gesetzliche Krankenversicherung für alle einzuführen,
- die Übermittlungspflicht nach § 87 Aufenthaltsgesetz abzuschaffen,
- eine Gleichbehandlung von EU-Bürger\*innen im Bezug von Sozialleistungen zu erreichen und den Leistungsausschluss für EU-Bürger\*innen abzuschaffen,
- eine umfassende, barrierearme Gesundheitsversorgung für Geflüchtete<sup>2</sup> zu gewährleisten - dafür Aufnahme aller in die GKV, mindestens jedoch:
  - bundesweit bereits ab Beginn des Aufenthaltes einen Leistungsumfang entsprechend der GKV zu gewähren
  - bundesweit flächendeckend ab Beginn des Aufenthaltes elektronische Gesundheitskarten auszugeben, um bürokratische Hürden in der Versorgung zu reduzieren,
- den Mindestbeitragssatz zur freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung für einkommensschwache Personengruppen<sup>3</sup> zu senken,
- bürokratische Hürden beim Zugang zu gesundheitlicher Versorgung abzubauen, barrierearme Informationen bereitzustellen und das Erlangen von Gesundheitskompetenz zu fördern,
- das Recht auf professionelle Sprachmittlung im Gesundheitssystem einzuführen und umzusetzen sowie ausreichend professionelle Sprachmittler\*innen bereitzustellen und zu finanzieren sowie
- Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung im Gesundheitswesen und bei Behörden umzusetzen.

Bis der diskriminierungsfreie Zugang zu Gesundheitsversorgung sichergestellt ist, ist die Einführung von Clearingstellen, die Menschen bei der Identifizierung und Durchsetzung von Leistungsansprüchen zur regulären Teilhabe im Gesundheitssystem unterstützen, eine sinnvolle Maßnahme. Zur Gewährleistung ihrer Qualität bedarf es bundesweit einheitlicher Mindeststandards: Unter anderem müssen die Beratungsstellen ausreichend und stabil finanziert sein und Finanzierungsmöglichkeiten vorsehen, die Menschen ohne oder mit eingeschränktem Zugang zum Gesundheitssystem eine medizinische Versorgung entsprechend den Leistungen gesetzlicher Krankenversicherungen ermöglichen, solange keine Anbindung im regulären Versorgungssystem hergestellt ist.

---

<sup>2</sup> beziehungsweise alle Menschen, die einen Leistungsanspruch nach § 1 AsylbLG haben

<sup>3</sup> z.B. Solo-Selbstständige und Menschen in nicht-sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen

**Unterzeichnende Organisationen:**



Anonymer Krankenschein  
Thüringen e. V.



Armut und Gesundheit in  
Deutschland e. V.



Clearingstelle Gesundheit, Mün-  
chen, Condrobs e. V.



Anonymer Krankenschein  
Bonn e. V.



Clearingstelle und Anonymer  
Behandlungsschein Leipzig e. V.



Clearingstelle  
Gesundheitsversorgung in  
Hannover



Diakonisches Werk Köln  
und Region gGmbH



Caritasverband für die Stadt Köln  
e. V.



Caritasverband Koblenz e. V.



Berliner Stadtmission |  
Evangelische Kirche  
(EKBO) - Clearingstelle für  
nicht krankenversicherte  
Menschen



Medinetz Karlsruhe



Gemeinnützige Gesellschaft  
zur Unterstützung Asylsuchender  
e. V.



Medinetz Bielefeld – Medizinische Flüchtlingshilfe für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz



Medinetz Freiburg



Medinetz Mainz e. V.



MediNetz Bonn e. V.



Medinetz Gießen e. V.



Ökumenische Fördergemeinschaft / Der Street Doc



Sächsischer Anonymer Krankenschein e. V.



Freiburger Anonymer Krankenschein e. V.



Medinetz Marburg e. V.



Clearingstelle Rheinland-Pfalz



Medinetz Koblenz e. V.